



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

χ. ρ.: Vom Reichstage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Ruhe und Harmonie unter allen Parteien und in allen Theilen.“ Möge es Hayes vergönnt sein, die in dieser Hinsicht selbst im Süden der Vereinigten Staaten vielfach auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht zu täuschen!\*)

Rud. Doehn.

## Tom Reichstage.

Berlin, 11. März.

Endlich hat der Reichstag seine Arbeit beginnen können. Daß der Reichshaushaltsetat für das Jahr 1877/78 mit den bisherigen Mitteln nicht zu bestreiten sein werde, war längst bekannt. Seit Kurzem kannte man auch die Summe, auf welche das sogenannte Defizit sich belaufen würde, nämlich rund vierundzwanzig Millionen. Nur das blieb bis zum Erscheinen des Etatsgesetzentwurfs im Unklaren, welchen Weg der Bundesrath schließlich zur Deckung vorschlagen werde, ob eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs oder eine Erhöhung der Matrikularbeiträge. Nicht gering war das Erstaunen, als man diese Kardinalfrage im Etat zwar durch die Beschreitung des letzteren Weges entschieden sah, dem betreffenden Kapitel jedoch die Bemerkung hinzugefügt fand: „Der volle zur Deckung der Ausgaben erforderliche Betrag an Matrikularbeiträgen ist hier nur vorläufig in Ansatz gebracht, indem vorbehalten wird, eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs zum Zweck der Herabminderung der Matrikularbeiträge in Erwägung zu ziehen.“ Das Problem, die Matrikularbeiträge ganz oder theilweise durch eigene Einnahmen des Reichs zu ersetzen, ist so alt wie der Norddeutsche Bund. Der von Seiten der Regierung wiederholt gemachte Versuch, neue Steuern einzuführen, ist — mit der einzigen Ausnahme der Wechselstempelsteuer — gescheitert. Ganz bestimmt hat sich in der letzten Legislaturperiode die Situation dahin abgeklärt, daß an eine Annahme neuer Steuerprojekte im Reichstage nicht zu denken ist, wenn dieselben sich nicht als Bestandtheile eines umfassenden Reformplanes darstellen, welcher das Steuerwesen des Reichs und der Einzelstaaten in ein rationelles

\*) Seine Antrittsbotschaft ist nach den neuesten Nachrichten auch im Süden beifällig aufgenommen worden. Das neue Cabinet ist mit Männern besetzt worden, die bisher in sehr entschiedener Weise die unter Grant eingeriffene Mißwirtschaft der Ausbeutung der höchsten Aemter der Union zu Privatziwecken bekämpften. Vor Allem ist der Führer der „ehelichen Politiker“, Karl Schurz, — freilich nicht zur Freude der republikanischen Staatschmaroger — zum Minister des Innern ernannt worden. D. Red.

Verhältniß zu einander setzt. Ueber die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die Ausarbeitung eines solchen Planes verknüpft ist, herrscht nur eine Ansicht. Und nun behält sich die Reichsregierung vor, in Bezug auf einen Etat, der dem Reichstage am 4 März übersandt wird und am 1. April in Kraft treten soll, eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs „in Erwägung zu ziehen“! Das konnte nach Lage der Sache doch nur dahin verstanden werden: „Wir (d. h. die verbündeten Regierungen) haben den erforderlichen Reformplan all die Jahre her noch nicht zu Stande gebracht, wir wollen aber sehen, ob das Werk nicht in den nächsten drei Wochen gelingt.“ Der Eindruck, welchen diese kaum begreifliche „Erläuterung“ auf die Reichsboten gemacht, ist schwer zu beschreiben. Und der Präsident des Reichskanzleramts übertrumpfte ihn noch, indem er erklärte, daß der Bundesrath von der „Stimmung“ des Reichstags abhängig machen werde, ob er zum Zweck der Deckung jener vierundzwanzig Millionen mit neuen Steuervorschlägen hervortreten solle oder nicht.

Traurig zu sagen: ein kläglicheres Geständniß der eignen Rathlosigkeit hat kaum jemals eine Regierung vor einer Volksvertretung abgelegt. Mit vollem Recht kennzeichnete der Abgeordnete Lasker den ganzen Ernst dieser dauerlichen Erscheinung. Wo liegt der Grund, daß es nicht vorwärts gehen will? daß es bis zu diesem Aeußersten kommen mußte? Nur eine Meinung ist darüber, daß der Fehler in der Organisation der Reichsverwaltung, in dem Mangel verantwortlicher Reichsministerien, besonders eines verantwortlichen Reichsfinanzministers, zu suchen ist. An wen soll heute der Reichstag sich halten, um die Initiative in der Steuerreform zu fordern? Er kennt nur einen verantwortlichen Beamten, den Reichskanzler, und dieser hat erst vor nicht langer Zeit den Reichstag mit der Erklärung überrascht, daß er nur für die Exekutive, nicht auch für die Gesetzgebung verantwortlich sei. So stehen wir vor dem Vacuum. In Preußen ist es die ganz bestimmte Person des Finanzministers, von welcher die Volksvertretung die gesetzgeberische Initiative in Steuerangelegenheiten erwartet, gegen welche sie ihren Tadel richtet, wenn diese Initiative unterbleibt, gegen welche ihr zahlreiche Mittel zu Gebote stehen, um sie zu dem gewünschten Vorgehen zu drängen. Im Reich steht an der Stelle dieser bestimmten Person der unfaßbare Begriff der „verbündeten Regierungen“. Von diesem Konglomerat der widerstrebendsten Elemente eine schöpferische Initiative erwarten, wäre thöricht. Also ist der sonnenklare Schluß: man ändere die Organisation der Reichsverwaltung, man schaffe selbständige, verantwortliche Ressorts, wenn anders man nicht die Entwicklung des Reichs der bedenklichsten Stagnation, die Gesetzgebung der unseligsten Verfahrenheit verfallen lassen will.

Die Abneigung des Fürsten Bismarck gegen selbständige Reichsministerien ist bekannt. Neu war die Art, wie er diesmal die Undurchführbarkeit des Vorschlags zu beweisen suchte. Sonst war es der Kampf der Ressorts im preußischen Staatsministerium untereinander, die Machtlosigkeit des preußischen Ministerpräsidenten, was als abschreckendes Beispiel dienen mußte; jetzt wurde die unbezwingbare Opposition der Partikularregierungen, bezw. der einzelnen Ministerien dieser Regierungen als Hauptargument ins Feld geführt. Statt die Mängel des heutigen Zustandes zu beseitigen, werde man den Partikularismus nur reizen und stärken. Beweis: das Schicksal des Reichs Eisenbahnamts. Nach der Darstellung des Reichskanzlers ist die heutige Zeit durchaus nicht geeignet zu irgendwie centralistischer Organisation, die Reichsidee hat Ebbe, der Partikularismus Flut. Das darf aber nicht tragisch genommen werden; es wird schon wieder umgekehrt kommen. Das ist der natürliche Lauf der Dinge. Im Uebrigen: „Lassen wir unsern Kindern auch noch etwas zu thun, es könnte ihnen sonst langweilig werden.“

So der Reichskanzler. Die Wirkung gewisser Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, die satfam bekannt, und vielleicht noch anderer, die hinter den Coulissen vorgegangen sind, war in seinen Ausführungen unverkennbar. Haben aber wirklich dormalen die centrifugalen Bestrebungen die Oberhand, dann kann es nur einen unheimlichen Eindruck machen, den obersten Leiter, ja den Schöpfer des Reichs über diese hochbedenkliche Situation im Tone halb scherzender Plauderei reden zu hören.\*) Das junge Reich ist noch bei weitem nicht genug gefestigt, um eine ernstliche partikularistisch-reaktionäre Strömung ohne Gefahr ertragen zu können. Ist es wirklich Fürst Bismarcks Meinung, daß man einer solchen Strömung gegenüber die Hände in den Schoß legen, geduldig abwarten müsse? — Der Reichskanzler hat ein wenig sehr die Sphinx gespielt. Schwerlich wird Jemand aus seinen Aeußerungen ganz entnehmen wollen, wie er über Deutschlands Gegenwart und Zukunft denkt. So viel aber bleibt bestehen: die aufsteigende Flut des Partikularismus ist konstatiert. Damit ist allen Nationalgesinnten ihre Pflicht gewiesen.

Um auf den Ausgangspunkt, die Frage der Steuerreform, zurückzukommen, so hat der Reichskanzler sein Möglichstes gethan, das Mißgeschick des Herrn Hofmann wieder gut zu machen und der erwähnten Statsbemerkung eine möglichst harmlose Deutung zu geben. Darnach ist dies der Sachverhalt: Die Reichsregierung, weit entfernt, sich zur Initiative in der Steuerreform für impotent zu erklären, hat vielmehr bereits einen festen Plan für dieselbe und hofft, ihn dem Reichstage in der nächsten Session vorlegen zu können. In-

\*) Sollte darin nicht vielmehr eine gewisse Beruhigung liegen? Wenn die partikularistische Flut gefährlich wäre, würde der Reichskanzler kaum scherzen. D. Red.

zwischen würde sie nicht abgeneigt sein, wenn etwa vom Reichstage der Wunsch nach einer provisorischen Steuer zum Zweck der Herabminderung der Matrikularbeiträge ausgesprochen werden sollte, auf eine solche einzugehen. Der Reichskanzler „persönlich“ ist aber der Meinung, daß eine derartige Vorwegnahme einer einzelnen Steuer vor der Gesamtreform nicht wohlgethan sein würde — eine Meinung, die mit derjenigen des Reichstages vollkommen übereinstimmt. Auffallend bleibt hier zweierlei, einmal, daß Herr Hofmann des bereits in so naher Aussicht stehenden umfassenden Reformplanes gar keine Erwähnung that; sodann, daß trotz der Ueberzeugung des einzigen verantwortlichen Reichsbeamten von der Unzweckmäßigkeit, in den gegenwärtigen Etat eine neue Steuer aufzunehmen, die Regierung sich in dem Etat die Aufnahme neuer Steuern ausdrücklich vorbehält. Die Nothwendigkeit einer anderen Einrichtung der Verwaltung des Reichsfinanzwesens wird durch diese Widersprüche zum mindesten nicht widerlegt.

Angesichts der großen Organisations- und Reformfragen trat der eigentliche Gegenstand der Debatte, der Etat für das Finanzjahr 1877/78, ganz in den Hintergrund. Die Kernfrage, die Deckung der vierundzwanzig Millionen, wird ihre Lösung dahin finden, daß etwa die Hälfte durch Uebernahme der Pensionen aus den Kriegen vor 1870 auf den Reichsinvalidenfonds, durch Einstellung der ferneren Zinsen des Reichsgebäudefonds in den Etat, durch Uebertragung einer Anzahl von Kasernenbauten aus dem Etat auf die große Kasernierungsanleihe und durch kleinere Ersparnisse, die andere Hälfte durch entsprechende Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt werden wird. Da den Matrikularbeiträgen die ganze Ungerechtigkeit einer Kopfsteuer anhaftet und die Kleinstaaten in unverhältnißmäßigem Grade durch sie belastet werden, so ist dies Ergebnis immerhin zu beklagen. Zu einigem Trost kann indeß dienen, daß die Matrikularbeiträge auch nach dieser Erhöhung noch wesentlich hinter dem Betrage, den sie bis zum Jahre 1872 hatten, zurückbleiben werden. Außerdem ist jetzt über allen Zweifel klargestellt, daß von allen Seiten die baldige Durchführung einer Steuerreform angestrebt wird, durch welche die Matrikularbeiträge erheblich herabgemindert, womöglich ganz beseitigt werden. Die Stimmen, welche die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Einrichtung dieser Beiträge im Interesse der Machtstellung des Reichstags — weil derselbe in Bezug auf sie in Wirklichkeit ein jährliches Steuerbewilligungsrecht übt — geboten erklärten, sind größtentheils verstummt. Ueberwiegend geht die Ansicht dahin, daß um dieses Grundes willen unmöglich eine allgemein für verwerflich geltende Steuer beibehalten werden dürfe. Auch ist nicht anzunehmen, daß sich im Zusammenhange mit der großen Steuerreform nicht eine Einrich-

tung treffen lassen sollte, durch welche der Reichstag für das Aufgegebene voll-  
auf entschädigt würde.

In Summa: der Etat bringt uns deutlich zum Bewußtsein, daß die Aera  
der fetten Jahre vorüber ist; doch bietet er keine Ursache, der Zukunft mit  
Pessimismus entgegenzusehen. Bedenklicher ist, was im Zusammenhange mit  
diesem Etat zur Sprache gekommen. Aber es soll uns ein Sporn, nicht eine  
Lähmung sein. z. e.

## Literatur.

Die sogenannte Deutsche Reichsbank eine privilegierte Aktien-  
gesellschaft von und für Juden. Nebst Betrachtungen über  
Fascherhafte und Bambergerliche Politik. Von Dr. Silarius  
Bankberger. Zweite Auflage, Berlin, 1877.  
Verlag von M. A. Miendorf.

Die Fremdlinge in unserm Heim. Ein Mahnwort an das deutsche  
Volk von einem berliner Bürger. Berlin, 1877, Verlag von  
M. A. Miendorf.

Die beiden Broschüren enthalten die stärksten Angriffe auf die Juden, die  
uns seit langer Zeit vorgekommen sind. Mit salbungsvollem Pathos und  
einem starken Aufwand von Sentimentalität, mit den ärgsten Uebertreibungen  
und in der ersten Schrift mit offener Entstellung des wahren Sachverhält-  
nisses wird der Welt verkündigt, daß die Deutschen auf dem besten Wege sind,  
von den Juden nicht nur ausgezogen, sondern auch unterworfen und regiert  
zu werden. Wir fühlen uns nicht berufen, diese und andere Abgeschmack-  
heiten, bei denen zuweilen der Parteihaß der Agrarier gegen die Nationallibe-  
ralen und die Absicht, zu Gunsten jener auf die Wahlen zu wirken, nur zu  
deutlich hervortritt, zu widerlegen, da die krassen Schlüsse, welche die  
Pamphlete aus gewissen Thatsachen ziehen, sich vor dem Verständigen von  
selbst richten. Dagegen wollen wir auch nicht verschweigen, daß dieselben einige  
Grundgedanken enthalten, die in der Weise, wie Robert v. Mohl sie ausdrückt,  
nicht wohl für unrichtig erklärt werden können, und daß gewisse statistische An-  
gaben, welche die erstgenannte Broschüre bringt, uns in der That zu denken  
geben.

v. Mohl sagt in seiner „Politik“, Bd. 2, S. 673: „Es ist nicht richtig,  
daß die Juden, mit einziger Ausnahme der Religion, der übrigen Bevölkerung  
völlig gleichartig sind. Der eine Punkt, in welchem die Voraussetzung als